

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Annahme von Inseraten für die nächstfolgende Nummer bis Vormittags 11 Uhr.
Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf. Einzelne Nr. 10 Pf.
Inserate pro Zeile 10 Pf., für auswärtig 15 Pf.
Tabellarischer Satz wird doppelt berechnet.

Filialen: in Altstadtwaldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Strumpfweber Fr. Herm. Richter; in Kaufungen bei Herrn Fr. Janaschke; in Langenchursdorf bei Herrn H. Stiegler; in Penig bei Herrn Wilhelm Dahler; in Rochsburg bei Herrn Paul Bohl; in Wollenburg bei Herrn Herrn. Wildenhain; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Rieften.

Verantwortlicher Hr. 9. Amtsblatt für das königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Waldenburg.

Zugleich weit verbreitet in den Städten Penig, Lunzenau, Lichtenstein-Callenberg und in den Ortschaften der nachstehenden Standesamtsbezirke:
Altstadtwaldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, St. Egidien, Ehrenhain, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenchursdorf, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Delsnitz i. E., Reichenbach, Kemse, Rochsburg, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Nr. 185.

Freitag, den 11. August

1905.

Witterungsbericht, aufgenommen am 10. August, Nachm. 3 Uhr.
Barometerstand 762 mm reduziert auf den Meerespiegel. Thermometerstand + 26° C. (Morgens 8 Uhr + 21,5° C. Tiefste Nachttemperatur + 19,5° C.) Feuchtigkeitsgehalt der Luft nach Lambrecht's Polymeter 48%. Taupunkt + 15,5° C. Windrichtung: West. Niederschlagsmenge in den letzten 24 Stunden bis früh 7 Uhr: 0,0 mm. Dabei Witterungsaussichten für den 11. August: Halbheiter, Gewitterneigung.

*Waldenburg, 10. August 1905.

Die Friedensverhandlungen in Washington lassen sich, wenn man nach den von den beiderseitigen Unterhändlern getanen Äußerungen urteilen will, nicht gerade verheißungsvoll an. Herr Witte soll betont haben, daß der Friede für Rußland zwar wünschenswert, aber keineswegs unumgänglich nötig sei, und daß Rußland niemals auf Bedingungen eingehen werde, die auch nur dem Anschein nach seine Eigenliebe verletzen könnten. Der Sprecher der japanischen Vertretung soll darauf aufmerksam gemacht haben, daß die japanischen Forderungen dem verfassungsgemäß zu berücksichtigenden Wunsche des japanischen Volkes entsprächen, während die russische Regierung ihr Volk über die Vorgänge auf dem Kriegsschauplatz im Dunkeln lasse und die Ansichten dieses Volks mißachtete. Solche Sprache klingt nicht, als ob auf beiden Seiten die Sehnsucht nach Frieden stark wäre. Aber man darf sich durch solche Äußerungen nicht irre machen lassen. Beide Teile erachten es eben für vorteilhaft, das lebhafteste Interesse, das sie beide an baldiger Beendigung der Feindseligkeiten haben, zu verbergen. Darum verschänzen sie sich hinter hohen Redensarten. Es ist das selbe, als wenn im gewöhnlichen Leben bei einem Kauf, einer Pachtung oder einem sonstigen Rechtsgeschäft jeder der Beteiligten versichert, es liege ihm eigentlich gar nichts daran, zu einer Einigung zu kommen, er lasse sich auf das ganze Geschäft nur aus Menschenfreundlichkeit, oder aus Fürsorge für den andern oder aus einem ähnlichen Grunde ein. Solche Reden hört man ruhig lächelnd an und denkt sich sein bestes; das Manöver ist schon viel zu oft wiederholt worden, als daß es Glauben finden sollte.

In Wirklichkeit können beide Mächte den Frieden sehr gut gebrauchen, die Fortsetzung des Kriegs legt ihnen kaum erschwierliche Opfer auf, und beide Regierungen sind nicht so verblendet, daß sie das nicht recht gut wüßten. Daß Rußland alle Ursache hat, den Frieden herbeizuwünschen, der ihm die Heilung der durch den Krieg geschlagenen Wunden gestattet, wird gern geglaubt werden. Aber auch das bis jetzt so siegreiche Japan hat Grund, die Beendigung des Kriegs zu erstreben. Aller kriegerische Vorbeurteil erweist nicht das Gold in den Kassen. Daran aber gerade fehlt es in Japan. Freilich kann Japan auch jetzt noch Geld geliehen erhalten, aber doch nur zu recht hohen Zinsen, und diese müssen doch schließlich vom Volke aufgebracht werden. Dieses aber hat seine finanzielle Kraft schon jetzt, in rühmenswerter Vaterlandsliebe, aufs äußerste angespannt und wird wohl bald an der Grenze der Möglichkeit angelangt sein. Die Japaner lassen die Welken nicht völlig in ihre Verhältnisse sehen und machen darum kein Aufhebens von dem Druck, der infolge des Kriegs auf ihrem Wirtschaftsleben lastet; aber die Tatsachen reden laut genug. Die japanischen Banken zahlen 6 Prozent für die Depositen, das zeigt, wie knapp das Geld dort ist und wie schwierig Handel und Verkehr sich fortzuschleppen. So wird denn das Gewicht der finanziellen Momente dafür sorgen, daß der Friedensgedanke auf beiden Seiten mächtig zum Durchbruch kommt, trotz aller Masken, mit denen man einstweilen noch täuschen will. Beide Regierungen wissen ja recht gut, daß hinter dem Friedensschluß noch weitere enorme Anforderungen an den Geldmarkt stehen und daß es darum nicht gut getan wäre, schon während des Kriegs den Kredit aufs äußerste in Anspruch zu nehmen. Es ist recht und billig, daß die Rücksicht auf den Geldmarkt schließlich den Frieden diktiert; denn bis jetzt hat der Geldmarkt in der ostasiatischen Angelegenheit mehr als gut war die kriegerischen Reizungen unterstützt. Mehr auch, als man vorhergesehen hatte. Man hatte angenommen, die moderne wirtschaftliche Entwicklung werde lange Kriege unmöglich machen, weil die damit verbundene Schädigung von Handel und Wandel nicht lange ertragen werden könne. Man hatte insbesondere geglaubt, die beiden im Osten kriegsführenden Mächte würden die enormen Kosten, die ein langer Krieg verursachen müßte, nicht tragen können; Japans mögliche

Silksquellen, so nahm man an, müßten durch einen Krieg bald erschöpft werden und zum Friedensschluß zwingen. Nun hat aber im Gegenteil die Erfahrung gezeigt, daß die Finanzmächte den Krieg gar nicht als ein so großes Uebel ansehen, wie es früher hieß; sie rechnen mit dem gewaltigen Verbrauch von Material, den er herbeiführt, und blicken auf „Belebung des Geschäfts“, die eintreten wird, wenn er überstanden ist. Es ist darum im letzten Jahrhundert vorgekommen, daß Finanzkriege den Ausbruch von Kriegen begünstigt haben. Der ostasiatische Krieg ist durch finanzielle Erwägungen wenigstens nicht aufgehalten worden. Geld war für beide Teile genügend da; es wurde, wenn auch nicht zu ganz bequemen Bedingungen, so doch immer noch leichter beschafft, als angenommen war. Die Kapital-Ansammlung hat eben in der Gegenwart so große Fortschritte gemacht, daß auch zum Kriegsführen Geld leichter zu haben ist, als sonst. Das alte Wort des Marschalls Trivulzio zu Ludwig XII., daß zum Kriegsführen drei Dinge: Geld, Geld, Geld nötig seien, hat seinen Schrecken verloren. Die Herstellung von Waren und die Ansammlung von Kapitalien gehen heute in solchem Umfange vor sich, daß gelegentlich Industrie und Kapital, nach Beschäftigung ausschauend, den Krieg gar nicht mit ungünstigen Augen ansehen. Mit der friedlichen Tendenz, die der modernen Entwicklung beizugehen soll, ist es gar nicht weit her. Aber über eine gewisse Grenze hinaus kann die Vernichtung von Kapital und Material natürlich nicht gehen, wenn schon die Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Menschen nicht ausschlaggebend sein soll. Und diese Grenze dürfte nahezu erreicht sein.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Der Kaiser wird am heutigen Donnerstag in Wilhelmshöhe bei Kassel erwartet. Nachdem der Monarch am Dienstag bei Posen ein Exerzieren von zehn Kavallerieregimentern kommandiert hatte, führte er am Mittwoch die Regimenter gegen einen markierten Feind. Dann fuhr der Kaiser nach dem Truppenübungsplatz bei Gnesen weiter, wo er einer Uebung der 8. Infanteriebrigade beizwohnte.

Prinz Heinrich von Preußen, der zur Teilnahme an der Automobilwoche in München im Kraftwagen dort eintraf, reiste bereits zwei Stunden später wieder ab, wie berichtet wird, infolge dringender dienstlicher Depeschen aus Kiel.

König Alfons von Spanien hat seine Reise nach Berlin und nach Wien aus Anlaß der bevorstehenden Wahlen zu den Cortes bis zum November verschoben.

Der offizielle Bericht über die Untersuchung des Spremberger Unglücks lautet: Der bellagenswerte Eisenbahnunfall bei Spremberg ist nach dem Bericht der von dem preussischen Eisenbahnminister nach der Unfallstelle entsandten Kommissare durch den den Zugmeldebienst in Spremberg leitenden Stationsassistenten veranlaßt worden. Er ließ unbegreiflicherweise Schnellzug 113 von Spremberg in der Richtung nach Görlitz abfahren, trotzdem auf der eingleisigen Strecke der Nachzug zu Schnellzug 112 von Görlitz nach Spremberg in der Ansahrt war. Er handelte damit den für den Zugverkehr auf eingleisigen Strecken bestehenden einfachsten klarsten Vorschriften entgegen. Bei Beachtung dieser in der Praxis und in allen Ländern seit Jahren bewährten Vorschriften ist der Betrieb auf eingleisigen Linien nicht minder sicher als auf zweigleisigen. Daher erfolgt auch der Ausbau eingleisiger in zweigleisige Strecken lediglich zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit stark belasteter Linien. Zu diesen gehört aber die Bahn Rottbus-Görlitz nicht, die nur mit 11 beziehungsweise 12 fahrplanmäßigen Zügen innerhalb 24 Stunden in beiden Richtungen belegt ist, wozu bei starkem Reiseverkehr je zwei Bedarfsersonenzüge kommen können. Diese geringe Zugzahl beweist, daß von einer Ueberlastung der Bahn, die Veranlassung zur Legung eines zweiten Gleises hätte geben können, nicht die Rede sein kann.

Die Klage der Presse über verspätete ungenügende amtliche Berichterstattung wird von dem Minister der öffentlichen Arbeiten als berechtigt anerkannt. Die angeordnete Untersuchung wird ergeben, inwieweit die bestehenden Verfügungen, die ein selbständiges Handeln der zuständigen Beamten und Dienststellen ausdrücklich vorschreiben, nicht ausreichend beachtet sind. Aus diesem beklagenswerten Unfall, dessen weitere Verfolgung von der Eisenbahnverwaltung der Staatsanwaltschaft übergeben ist, allgemeine ungünstige Schlüsse auf die Betriebssicherheit der Staatsbahnen zu ziehen, durch die das reisende Publikum beunruhigt werden könnte, liegt keine Veranlassung vor, zumal bekannt ist, daß die preussische Staatsbahnverwaltung ohne Rücksicht auf die Kosten dauernd bemüht ist, den höchstmöglichen Stand der Betriebssicherheit zu erreichen. Den gewaltigen Anstrengungen der beteiligten Dienststellen ist es gelungen, schon Dienstag Nachmittag den vollen Betrieb wieder aufzunehmen. Der Kaiser ließ den Hinterbliebenen der Opfer sein Beileid aussprechen. Eine Nachricht, daß der Minister für die Verwundeten 100,000 Mk. bereitgestellt habe, wird bestritten. Die jetzt festgestellt ist, wurden 14 Personen getötet und 4 verletzt. Die Presse fordert weiter den Ausbau der verkehrreichen eingleisigen in zweigleisige Strecken, ohne Rücksicht auf die Kosten. Die „Wolff. Ztg.“ sagt, das deutsche Volk würde über eine Eisenbahnpolitik Benugtung empfinden, bei der nicht allein die Ueberflüsse wachsen, sondern die Annehmlichkeit und vor allem die Sicherheit der Eisenbahnfahrt. Von anderer Seite wird ein Nachwort des preussischen Landtags erwartet. Nach der neuesten amtlichen Statistik beträgt die Gesamtlänge der größeren deutschen Eisenbahnen, ausschließlich der bayerischen, rund 45,000 Km. Hiervon sind 16,500 Km. zweigleisig.

Der Deutsche Tischlerkongress in Kassel beschloß, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß nun endlich bald ein Gesetz zur Sicherstellung von Forderungen der Bauhandwerker erlassen werde. Man forderte ferner eine Submissionsordnung für Staat und Gemeinden. Von der Errichtung praktischer Meisterkurse im Tischlergewerbe versprach man sich keinen Nutzen.

Die Marokko-Frage befindet sich jetzt endlich in dem gewünschten Gleise. Zwischen Deutschland und Frankreich herrscht nach langer und ernster Meinungsverschiedenheit endlich Einvernehmen. Die Marokko-Konferenz kann im September stattfinden. Sie kann's, soweit die Mächte dabei in Betracht kommen; es fragt sich aber gleichwohl noch, ob sie schon zu diesem Termin oder überhaupt in absehbarer Zeit wird zusammentreten können. Der Hauptbeteiligte, der Sultan Abdul Aziz von Marokko, ist möglicherweise auf längere Zeit hinaus verhandlungsunfähig. Seine Truppen sollen von denen des Prätendenten Bu Hamara tatsächlich vollständig geschlagen worden sein. Da die Nachrichten aus Paris kommen, wo man die Erschütterung der sultanischen Position im gegenwärtigen Augenblicke vielleicht ganz gern sehen würde, so ist Vorsicht geboten. Es hat schon niemals geheißt, der Sultan von Marokko sei geschlagen und vernichtet worden. Auch die vorstehenden Nachrichten beruhen vielleicht nur auf einem politischen Schachzug.

Eine Abordnung des rheinisch-westfälischen Arbeiterbundes für das Baugewerbe ist am Mittwoch auf ihren Antrag von dem preussischen Minister des Innern empfangen worden. Nachdem die Abordnung Mitteilungen über den Lohnkampf gemacht hatte, wies der „Nordb. Allg. Ztg.“ zufolge der Minister darauf hin, daß die Verfügung des Regierungspräsidenten in Düsseldorf über die Zulassung ausländischer Arbeiter lediglich bestehende Verwaltungsgrundsätze wiedergebe, ohne für einen der streitenden Teile Partei zu nehmen. Im übrigen sei es selbstverständlich, daß die Staatsgewalt erforderlichenfalls die Arbeitswilligen nachdrücklich schützen werde; auch habe der Regierungspräsident die entsprechenden Maßregeln bereits seinerseits angeordnet. Ueber die Steigerung der Fleischpreise werden die